

**Antrag 94/II/2019**

**Abt. 04/76 Rund um den Karl-August-Platz**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)**

**Recht auf Wohnen**

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass den Wohnungskonzer-  
2 nen die Entscheidungsgewalt über das Recht auf Woh-  
3 nen aus den Händen genommen wird. Der Staat muss das  
4 Rechts auf Wohnen für alle Bürger unter seinen Schutz  
5 stellen.

6  
7 Dafür setzt sich die SPD für folgende Forderungen ein:

- 9 • Mieten sind stärker als bisher auf Mietwucher zu  
10 überprüfen;
- 11 • ein Mietstopp (ein Mietendeckel), um bezahlbare  
12Mieten herzustellen;
- 13 • staatliche Finanzierung von staatlichem Sozialwoh-  
14nungsbau auf allen Ebenen;
- 15 • Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit;
- 16 • Maßnahmen zur Verhinderung der Bodenspekulati-  
17on durch private Investoren
- 18 • Im Falle des Widerstands von Wohnungskonzernen  
19und Fonds gegen staatliche Eingriffe zum Schutz der  
20Mieter bleibt nur die Vergesellschaftung der Woh-  
21nungskonzerne, „unter gerechter Abwägung der In-  
22teressen der Allgemeinheit und der Beteiligten“  
23 (Art.14.3)

24  
25  
26  
27

**28 Begründung**

29 Die allgemeine Ursache für die Wohnungsnot und in de-  
30ren Folge die horrenden Mietsteigerungen liegt in der Po-  
31litik des Bundes, der Länder und Kommunen. Unter dem  
32Druck der mit der Agenda-Politik diktierten Sparpolitik  
33und ihrer verfassungsrechtlichen Festschreibung über die  
34Schuldenbremse haben sie sich nicht nur endgültig vom  
35sozialen Wohnungsbau verabschiedet. Um die Haushalts-  
36verschuldung abzubauen, lieferten sie den Wohnungs-  
37markt an Immobilienspekulanten und Fonds aus, die in  
38ihrer Renditejagd zunehmend nach deutschen Immobi-  
39lien greifen, weil ihnen hier schnelle Rendite garantiert  
40wird. Begründet mit der Notwendigkeit der Haushalts-  
41konsolidierung wurden große öffentliche Wohnungsbau-  
42gesellschaften an Wohnungsbaukonzerne und Fonds ver-  
43kauft. Hedgefonds auf Renditejagd greifen zunehmend  
44nach deutschen Immobilien. Sie versprechen ihren Aktio-  
45nären enorme Gewinne und treiben dafür die Mieten in  
46Höhen, die selbst bei mittlerem Einkommen unbezahlbar  
47sind und immer mehr Menschen in die Armut treiben.  
48 „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohn-

49 raum.“ „Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist wi-  
50 derrechtlich.“ (Verfassung von Berlin, Artikel 28 und 24).  
51 Es war die rigide Sparpolitik, die dazu geführt hat, den  
52 staatlichen sozialen Wohnungsbau zu liquidieren, den  
53 öffentlichen Wohnungsbestand und die Wohnungsbau-  
54 gesellschaften der Privatisierung auszuliefern und damit  
55 dem ungezügelter Gewinnstreben der Wohnungskonzer-  
56 ne den notwendigen Spielraum zu geben.  
57 Kann es eine andere Antwort geben als das staatliche Ein-  
58 greifen, um den Wohnungskonzernen die Macht zu neh-  
59 men, die Mietpreise ungebremst in die Höhen zu treiben?  
60 Der Staat muss das Recht auf Wohnen für alle Bürger un-  
61 ter seinen Schutz stellen!